

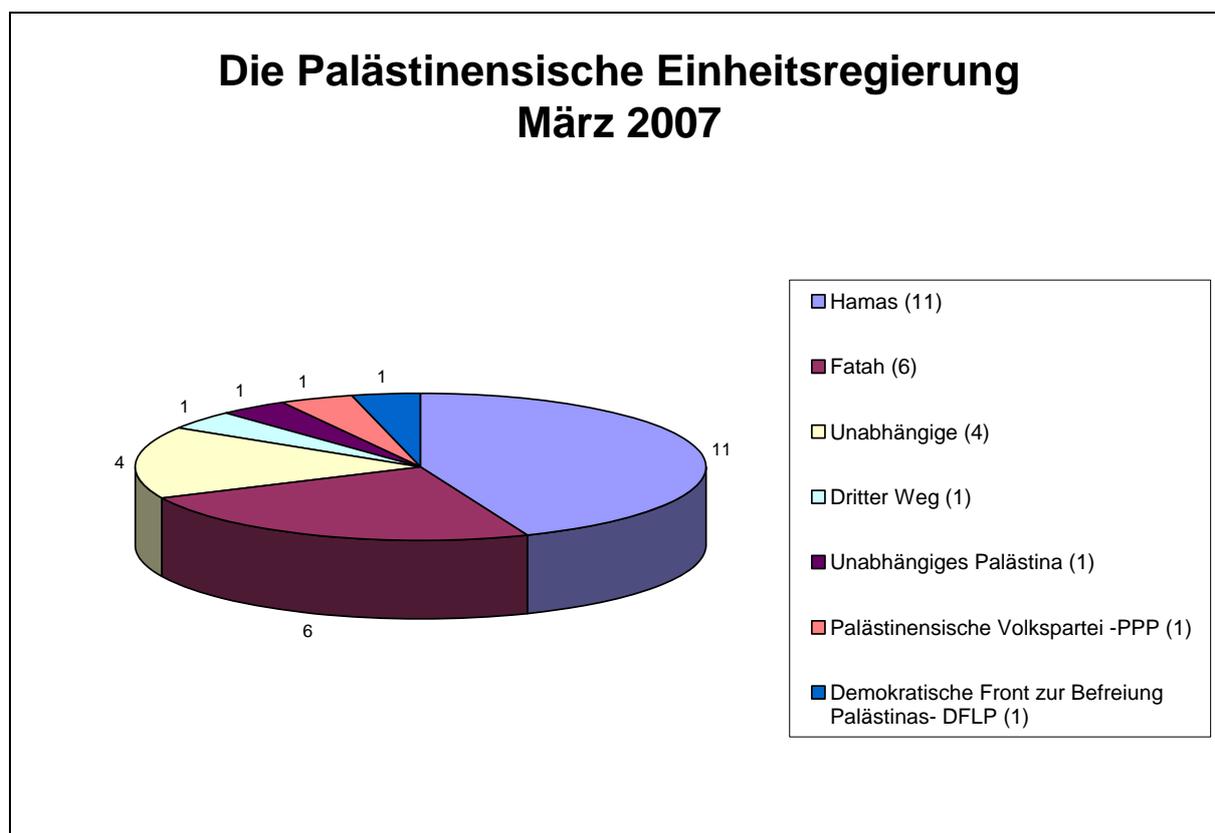
Politischer Bericht:

Neue Regierung der Palästinensischen Autonomiebehörde

Am 15. März 2007 wurde vom alten und neuen Premierminister Ismael Haniyeh (Hamas) die neue palästinensische „**Regierung der Nationalen Einheit**“ vorgestellt, die am 17. März vom Palästinensischen Legislativrat (PLC), dem Parlament der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), bestätigt wurde. Sie war zuvor entsprechend der **Einigung von Mekka** vom 8. Februar zwischen Hamas und Fatah ausgehandelt worden. Auch die kleineren Parteien sowie Parteilose sind beteiligt.

	Ressort	Partei
Ismael Haniyeh	Premierminister	Hamas
Azam al-Ahmad	Stellv. Premierminister	Fatah
Naser al-Deen al-Sha'er	Bildung	Hamas
Muhamad Barghoti	Lokale Verwaltung	Hamas
Sameer Abu-A'sheh	Planung	Hamas
Basem Na'eem	Jugend und Sport	Hamas
Yousif al-Mansy	Kommunikation	Hamas
Muhamad al-Tartori	Religion	Hamas
Ali al-Sartawi	Justiz	Hamas
Muhammad al-Agah	Landwirtschaft	Hamas
Amal Siyam	Frauen	Hamas
Wasfi Qabah	ohne Geschäftsbereich	Hamas
Radwan al-Akhras	Gesundheit	Fatah
Mahmod Al-A'alool	Arbeit	Fatah
Sa'di al-Krunz	Verkehr	Fatah
Tayseer Abu Snainah	Häftlinge in isr. Gefängnissen	Fatah
Sameeh Al-Abed	Infrastruktur	Fatah
Salam Fayyad	Finanzen	Dritter Weg
Mustafa Barghouti	Information	Al-Mubadara
Bassam al-Salhi	Kultur	Palästinensische Volkspartei – PPP
Saleh Zaidan	Soziales	Demokratische Front - DFLP
Ziad Abu-Amr	Auswärtiges	Unabhängig
Ziyad al-Thatha	Wirtschaft	Unabhängig
Hani al-Qawasmeh	Inneres	Unabhängig
Khulood Du'abes	Tourismus	Unabhängig

Die „Hardliner“ von **Hamas** im bisherigen Kabinett, Außenminister **Zahar** und Innenminister **Siam**, sind nicht mehr vertreten. Der Einfluss des sich in Damaskus im Exil aufhaltenden und – nicht zuletzt unter syrischem Einfluss – ebenfalls als wenig moderat geltenden Hamas-Politbürochefs Khaled **Meshal** bleibt jedoch weiterhin erhalten. Er war Hamas-Verhandlungsführer in Mekka. Hamas stellt somit zwar weiterhin mit dem vergleichsweise gemäßigten Ismael **Haniyeh** den Premierminister, mit 10 von 24 Stimmen jedoch **nicht mehr die Mehrheit im Kabinett**¹:



Hintergrund:

Hintergrund der Regierungsbildung war nicht zuletzt die Weigerung der bisherigen Hamas-Alleinregierung, die drei **Kriterien des Nahost-Quartetts** (USA, Europäische Union, Russland und Vereinte Nationen) zu respektieren:

- Anerkennung des Existenzrechts Israels,
- Einhaltung der bisher von der PLO mit Israel geschlossenen Verträge sowie
- Gewaltverzicht.

Diese Kriterien als Voraussetzung für eine direkte Kooperation mit der Regierung der Palästinensischen Autonomiebehörde wurden nicht nur von den Quartett-Beteiligten selbst, sondern auch von den meisten anderen nicht-arabischen Staaten und Israel übernommen. Aufgrund der starken Abhängigkeit der Palästinensischen

¹ Die Stimme des Premierministers wird mitgezählt, der Minister ohne Geschäftsbereich hat jedoch kein Stimmrecht.

Autonomiebehörde von Zahlungen aus diesen Ländern (rund drei Viertel des Haushaltes der PA 2005 bestanden aus direkten Budgethilfen und von Israel eingezogenen Zoll- und Steuereinnahmen) war ein starker Druck entstanden, eine neue Regierung so zu bilden, dass eine Kooperation wieder möglich wird.

Nach Angaben des Palästinensischen Amtes für Statistik war das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Westbank und Gaza-Streifen im Jahr 2006 um mehr als 20 % gesunken. Dies obwohl die EU und andere Geberstaaten ihre Hilfszahlungen zwar nicht mehr an die Regierung, sondern über das Präsidialamt direkt an die Bedürftigen geleitet und in der Summe sogar erhöht hatten.

Bewertung:

Die neue Regierung muss sich nun in dreierlei Hinsicht bewähren:

Erstens: *Wird sie zur Beilegung der internen Kämpfe führen?* Dringlichstes Ziel bereits der Einigung von Mekka war ein Ende der blutigen Kämpfe zwischen den Milizen der Hamas und denen der Fatah-Partei im Gaza-Streifen, letztere teilweise unterstützt von offiziellen Sicherheitskräften der PA. Diese unterstehen zwar größtenteils formal dem bisher der Hamas zugehörigen Innenminister, verhielten sich aber der Fatah gegenüber loyal. Schließlich besitzen die meisten Polizisten nicht nur das Parteibuch der Fatah, der säkularen ehemaligen „Staatspartei“ von Yassir Arafat. Meist haben sie dieser Zugehörigkeit auch ihre Stelle zu verdanken. Dagegen verfügt Hamas im Gaza-Streifen wohl insgesamt über mehr Bewaffnete. Neuer Innenminister wurde nach langem Ringen mit Hani al-Qawasmeh ein parteiloser Fachmann.

Nach der Einigung von Mekka sind die Kämpfe zunächst weitgehend eingestellt worden. In den letzten Wochen waren die Auseinandersetzungen jedoch immer wieder aufgeflammt, die unmittelbare **Gefahr eines Bürgerkrieges scheint aber fürs Erste gebannt.**

Zweitens: *Wird die Regierung stabil sein?* Um die „Regierung der Nationalen Einheit“ war lange gerungen worden. Bereits nach den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat am 25. Januar 2006 war dieses Modell im Gespräch. Hamas hatte damals bei ca. 44% aller abgegebenen Stimmen aufgrund des Wahlrechts mit 74 von 132 Parlamentssitzen die **absolute Mehrheit** gewonnen und schließlich auch alleine die Regierung gebildet.

So war Hamas lange nicht bereit, die Früchte ihres Wahlsieges aufzugeben. Schließlich war es das erste Mal in der arabischen Welt, dass Islamisten sowohl freie Wahlen gewonnen, als auch die Regierung übernommen hatten. Hamas ist Teil einer **regionalen Islamisierungsbewegung**, die nun gespannt auf die Palästinenser schaute - vor allem die im benachbarten Ägypten starke Moslembroderschaft, aus deren Reihen Hamas hervorgegangen war.

Auch innerhalb der säkularen Fatah-Partei, des großen Wahlverlierers, gab und gibt es immer noch Vorbehalte: Der Machtverlust nach der Protestwahl gegen Korruption und Privilegien wurde mit paralysiertem Entsetzen aufgenommen. Dementsprechend hielten sich die internen **Reformbemühungen bei Fatah** seither in Grenzen. Stattdessen hofften wohl Viele insgeheim, dass der internationale Druck, gepaart mit der Unerfahrenheit der neuen Regierung, Hamas schon aus der Verantwortung treiben würde. Auch nach der Regierungsbildung bleiben diese Vorbehalte beider Seiten **weiter ein Störfaktor**. Trotzdem: Mit der Regierungsbildung der „Nationalen Einheit“ gibt es einen Ansprechpartner in der PA, der einen breiteren Anteil der Bevölkerung vertritt, als jemals vorher.

Drittens: *Wird eine neue Regierung wieder Partner für Israel und den Westen sein?* Für diese Frage wird nicht vorrangig die **Zusammensetzung** der neuen Regierung, sondern ihr **Programm** im Hinblick auf die drei o.g. Kriterien sein. Dieses enthält nach wie vor keine explizite Anerkennung des Existenzrechts Israels. Schon die Einigung von Mekka hatte dazu ebenso wie zum Gewaltverzicht **keine klare Positionierung** enthalten. Die bestehenden Verträge sollen lediglich „**respektiert**“ werden.

Ob die Rechnung der Architekten von Mekka aufgeht, ist fraglich: Hamas selbst braucht Israel nicht anzuerkennen und wahrt ihr Gesicht. Die Koalitionsregierung jedoch arbeitet auf der Grundlage der bestehenden Verträge, eine Anerkennung Israels – des anderen Vertragspartners – implizit eingeschlossen. Schließlich scheint es, als ob das Abkommen von Mekka das **Höchstmaß an Zugeständnissen** beinhaltet, die man der Hamas selbst unter starkem Druck - und einem Milliardenversprechen - Saudi-Arabiens abringen konnte.

So lässt das **Regierungsprogramm mit Absicht Spielraum für Interpretationen**. Vertreter von Hamas und Fatah äußerten sich dazu mit sehr **unterschiedlicher Betonung**: Während Präsident Abbas (Fatah) von gegenüber Israel „weit ausgestreckten Händen zu Frieden und Gleichberechtigung“ und „beiderseitiger Verpflichtung zum Ende jeglicher Gewalt“ sprach, beharrte Premier Haniyeh darauf, „Widerstand in jeder Form“ sei ein „legitimes Recht“ der Palästinenser. Semantische Klimmzüge zur Verbindung dieser Positionen bestimmten bereits die Verhandlungen über die Koalitionsregierung.

Immerhin werden in der neuen Regierung mehrere Persönlichkeiten vertreten sein, die das **Vertrauen der EU, der USA und Israels** genießen. Hervorzuheben sind hier vor allem drei Minister:

- **Ziad Abu-Amr**, Außenminister, leitete bisher das „Palestinian Council for Foreign Relations“ in Gaza und 2003 bereits Minister für Kultur. Er wurde an der Universität Georgetown in Washington D.C. promoviert und gilt als Vermittler zwischen Hamas und Fatah.
- **Salam Fayyad**, Finanzminister, hatte dieses Amt bereits unter Premierminister Mahmoud Abbas inne. Er wurde international für sein transparentes Finanzgebaren gelobt. Zuvor war er lange Jahre für Weltbank und IWF tätig.

- **Mustafa Barghouti**, Informationsminister, war der einzige ernstzunehmende Gegenkandidat von Mahmoud Abbas bei den – direkten – Präsidentschaftswahlen Anfang 2005. Er erhielt damals knapp 20 % der Stimmen. Ursprünglich aus dem sozialistischen Lager kommend, umgab er sich bei den Parlamentswahlen 2006 zunehmend mit Wirtschaftsvertretern.

Vor allem Fayyads und Barghoutis Vermittlungsbemühungen waren für das Zustandekommen dieser Regierung entscheidend.

Trotzdem kann die neue palästinensische Regierung als **instabil** gelten. In vielen Fällen, insbesondere aber bei der Haltung zu Israel, wurden die entgegen gesetzten Positionen der beteiligten Parteien nicht durch inhaltliche Kompromisse zusammengeführt, sondern bleiben bestehen. Es bleibt daher fraglich, ob die Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode in drei Jahren halten wird oder eher eine **Übergangslösung** bis zu möglicherweise vorgezogenen Neuwahlen zum palästinensischen Legislativrat darstellt.

Internationale Gemeinschaft und Israel:

Die internationale Gemeinschaft befindet sich nun in einem **Dilemma**: Geht man der radikal-islamischen Hamas einen Schritt entgegen, **ohne die immer geforderte Gegenleistung** zu erhalten? Oder riskiert man ein **Scheitern** auch der neuen Regierung - einschließlich der moderaten Kräfte in den Palästinensischen Autonomiegebieten, die man eigentlich stärken möchte.

Die neue Regierung stellt in den Augen der palästinensischen Bevölkerung in erster Linie eine **Reaktion** auf den Druck des Auslandes und damit ein Entgegenkommen dar. Darüber hinaus sind **sämtliche moderaten Kräfte**, die auch bisher Ansprechpartner waren und die drei Kriterien seit Langem erfüllen, nun in die Regierung eingebunden. Auch mit diesen den Dialog zu beenden, hieße, sich jedes politischen Partners in den Palästinensischen Gebieten zu berauben. Einem Neustart des Friedensprozesses wäre der Anknüpfungspunkt genommen.

Das **israelische Kabinett** hat am 18. März ohne Gegenstimmen und bei zwei Enthaltungen beschlossen, auch mit der neuen Regierung nicht zu kooperieren und die gemäß dem Pariser Protokoll den Palästinensern zustehenden Steuer- und Zolleinnahmen weiter einzubehalten. Einzelne Regierungsmitglieder fordern einen Abbruch der Kontakte auch zu Präsident Abbas, da dessen Partei nun mit Hamas zusammenarbeitet.

Andere führende israelische Politiker treten für Kontakte zu den nicht der Hamas angehörigen Mitgliedern der neuen Regierung ein. Diese Haltung zeichnet sich auch als vorläufige **Position der USA** gegenüber der neuen Regierung ab. Besonders Finanzminister Salam Fayyad galt immer als Favorit und Ansprechpartner der Vereinigten Staaten.

Quartettmitglied **Russland** steht der neuen Regierung positiv gegenüber. Die EU-Mitglieder **Großbritannien** und **Frankreich** senden ebenfalls solche Signale, so dass auf die **deutsche EU-Ratspräsidentschaft** eine schwierige Vermittlerrolle zukommt. **Norwegen**, zwar kein EU-Mitglied, aber bisher ohne Kontakt zu Hamas und als Vermittler im israelisch-palästinensischen Friedensprozess spätestens seit den Osloer Verträgen hervorgehoben, hat bereits seinen stellvertretenden Außenminister zu einem Treffen mit Premierminister Haniyeh entsandt. Eine einheitliche Position der internationalen Gemeinschaft ist damit nur noch sehr schwer durchzusetzen.

Inwiefern gerade die israelische Position von **taktischen Erwägungen** geleitet sein dürfte, den „Preis“ für eine Wiederaufnahme von Kontakten in Form von Bewegungen der Palästinenser insbesondere bei Gebietsfragen und der Flüchtlingsproblematik zu erhöhen, bleibt abzuwarten. Vor diesem Hintergrund sind die hinter den Kulissen weitergehenden Verhandlungen um die Freilassung des im Sommer von militanten Palästinensern entführten israelischen Soldaten **Gilad Shalit** und die Anzahl palästinensischer Häftlinge, die im Gegenzug dafür von Israel freigelassen werden sollen, wichtig.

Andererseits scheint auch in der derzeitigen israelischen Regierung **kein politisches Konzept** für eine Zukunft des **Friedensprozesses** erkennbar. Sie ist darüber hinaus durch Korruptionsaffären und die anhaltende Debatte über die Fehler im Libanon-Krieg vom Sommer 2006 geschwächt. Eine Freilassung Shalits wäre in jedem Fall eine Möglichkeit für die palästinensische Seite, den Start der neuen Regierung durch eine **Geste des guten Willens** gegenüber Israel zu erleichtern. Wichtigster Prüfstein ist jedoch, ob die neue palästinensische Regierung willens und in der Lage ist, die **Gewalt**, beispielsweise in Form von Qassam-Raketen aus dem Gaza-Streifen, wirksam einzudämmen.

Thomas Birringer
Ramallah, 19. März 2007